

SPIELBANKEN

Gefallen für L.

Ein jetzt aufgetauchter Brief aus dem Jahr 1981 belastet den früheren niedersächsischen SPD-Innenminister Lehnert, von Spielbank-Bewerbern Geld gefordert zu haben.

Das Schreiben enthielt keine Anrede und endete mit der distanzier-ten Höflichkeitsfloskel „Hochachtungsvoll“, obwohl Verfasser und Adressat langjährige Geschäftspartner und Duz-freunde waren. So frostig verkehrte der Gastronom Otto Welsch mit seinem Berufskollegen Rudolf Kalweit im Dezember 1981 auf Teneriffa, wo die niedersächsischen Kompagnons, kaum 150 Meter voneinander entfernt, ihre Zweit-wohnsitze hatten.

„Daß wir nicht die Spielbank bekommen haben“, warf Welsch seinem Mit-gesellschafter vor, „daran haben wir alleine Schuld, speziell Du.“ Denn es habe an Kalweits Knauserigkeit gelegen, daß der damalige niedersächsische Innenmini-ster Richard Lehnert (SPD) im Mai 1974 die profitträchtigen Kasino-Konzessionen an andere Bewerber vergeben hat.

„Minister L.“, erinnerte Welsch seinen Partner in dem Brief, habe „verschiede-ne Wünsche“ an die Spielbank-Aspiran-ten gerichtet. So habe der Politiker mal angefragt, „ob die Möglichkeit bestün-de, seiner Freundin Brigitte Kuhrt ein Darlehen von 180 000 Mark zu verschaf-fen“. Er und ein Dritter im Bunde, der hannoversche Gastwirt Fritz Harenberg,

seien „bereit“ gewesen, die Ministerbitte zu erfüllen, schrieb Welsch an Kalweit, „Du aber nicht“.

Der vorwurfsvolle Welsch-Brief, den Kalweit, mittlerweile 81, jetzt bei „noch-maliger Durchsicht“ seiner alten Kasino-Akten gefunden hat, untermauert den Verdacht, daß sich Lehnert für seine Dienste entlohnen lassen wollte. Das hatte ein Zeuge schon Ende Juni vor dem Spielbanken-Untersuchungsaus-schuß des niedersächsischen Landtags geäußert (SPIEGEL 26/1988).

Dieter Menck, ein früherer SPD-Rats-herr aus der Kasino-Gemeinde Hittfeld bei Hamburg, hatte mitgeteilt, was er sei-nerzeit von Welsch gehört haben will: daß der verheiratete Minister verlangt habe, das Trio solle für Freundin Brigitte „eine Eigentumswohnung im Werte von DM 100 000,-“ finanzieren.

Der wiederaufgetauchte Welsch-Brief bestätigt noch ein weiteres Detail, das außer Menck auch der jetzt in Florida le-bende Immobilien-Investor Laszlo Ma-ria von Rath schilderte. Rath sollte nach eigenem Bekunden damals als CDU-Strohmann an der Kalweit/Welsch-Gruppe beteiligt werden, um dem um-strittenen Spielbanken-Gesetz zu einer fraktionsübergreifenden parlamentari-schen Mehrheit zu verhelfen.

Harenberg, der Besitzer der hannoverschen „Flughafengaststätten“, SPD-Mit-glied und Intimus von Lehnert war, ha-be, so notierte Welsch, „3 Jahre lang“ die Ministerfreundin „für ein hohes Ge-halt“ beschäftigt – ohne entsprechende Gegenleistung, „nur, um L. einen Gefal-len zu tun“.

Harenberg selbst hatte seinen Part-nern bereits im Oktober 1974 vorgerech-net, was ihn das Buhlen um die Mini-stergunst kostete. „Auf Anraten von Herrn Welsch“ habe er „s. Zt. die Freun-din von Minister Lehnert als Büfetthilfe eingestellt“ und dafür pro Jahr 54 093 Mark aufgewandt, etwa doppelt soviel wie für ein normales Büfettiersgehalt.

Er habe, so Harenberg, mithin 26 999 Mark aus eigener Tasche beigesteuert, um den Minister gütig zu stimmen. Zu-dem stellte der Flughafenwirt pauschal 25 000 Mark „für Bewirtung bei sach-dienlichen Zusammenkünften mit dem Minister“ in Rechnung. Von dem Ge-samtbetrag wolle er gern die Hälfte über-nehmen, erklärte Harenberg, doch „die restlichen 50%“ seien „von den Gesell-schaftlern anteilmäßig zu tragen“.

Mencks Darstellung, daß Lehnert von den Konzessionsbewerbern Geld gefor-dert habe, um Freundin Brigitte ein kommod Quartier zu beschaffen, hatte der Sozialdemokrat sogleich entrüstet zurückgewiesen. Eine „infame Lüge“ sei das, Lehnert: „Was da für Schmutz hochkommt, das ist doch zum Kotzen.“

Vorige Woche präsentierte das ZDF-Magazin „Studio 1“ eine weitere Ver-sion: Das Wohn-Geld für Brigitte sei nicht nur verlangt, sondern auch bezahlt worden, die Bestechung mithin vollen-

WIENER

Gefunden!

Neuer Regierungs- sprecher für Kanzler Kohl!

Ein Headhunter im Auftrag der Zeitschrift WIENER suchte einen geeigneten Nachfolger für Kohls glücklosen Regierungssprecher Friedhelm Ost. Prominente Journalisten und Politiker waren bereit, die schwierige Aufgabe „zum Wohle Deutschlands“ zu übernehmen – falls berufliche Absicherung und Altersversorgung „garantiert“ wären. Die Namen finden Sie im neuen WIENER.

WIENER

Ein starkes Stück
am Kiosk!



Ex-Innenminister Lehnert
„Was da für Schmutz hochkommt“

det. Welsch, behauptete Reporter Harriolf Reitmaier, habe Lehnrs „etwa im Frühjahr 1974“ einen Scheck über 120 000 Mark „in einem Kuvert“ übergeben.

Der Tatort sei „eine Landgaststätte bei Hannover“ gewesen. Doch ein angeblicher Augenzeuge, der ein „enger Geschäftspartner“ Welschs gewesen sein soll, mochte seine Version nicht vor der Kamera erzählen. Der Mann wolle, teilte der Sender mit, „wegen Morddrohungen unter keinen Umständen seine Anonymität preisgeben“.

Auch der Rechtsanwalt Paul Meixner, ein alter Welsch-Spezi, soll bei der Scheckübergabe dabeigewesen sein. Doch der Advokat kann sich nicht erinnern. Immerhin hält es Meixner für „vorstellbar“, daß Welsch „Bargeld oder auch einen Scheck gegeben hat“.

Zuzutrauen sei es Welsch schon gewesen, sagen alte Kumpel von ihm. Großzügig verteilte er Zuwendungen. Mal schenkte er dem Landkreis Harburg einen 200 000-Mark-Scheck („Spende Altenwohnheim“), mal stellte er einer Gemeinde ein Wert-Papier über 10 000 Mark aus und vermerkte als Verwendungszweck „Spende Wohltätigkeit“.

So konnte Welsch sicher sein, daß ihm auch von Kommunalpolitikern und -beamten stets Wohlwollen entgegen schlug. Das brauchte er in den Jahren 1958 bis 1965, als er im Hittfelder Ortsteil Karoxbostel mit Genehmigung der Kreisverwaltung ein „Geschicklichkeitspiel“ betrieb: Das „24er Roulette“ wurde damals in einem schlichten Holzkesel gespielt. Doch niemand beanstandete das illegale Glücksspiel, das seinen beiden Betreibern – Welsch und einem Mann namens Karl Zinnow – jeden Tag mindestens 100 000 Mark eingebracht haben soll.

Zinnows frühere Lebensgefährtin Irmgard Grenzow berichtete vergangene Woche, warum Aufsichtsbehörden gegen das ungesetzliche Treiben nicht einschritten: „Einmal im Monat, wenn nicht öfter“, versicherte die Frau an Eides Statt, seien an den CDU-Bürgermeister Hermann Meyer und den für die Kasino-Kontrolle zuständigen Beamten des niedersächsischen Landeskriminalamts Schmiergelder gezahlt worden, „gebündelte Hundert-Mark-Scheine und davon immer mehrere Päckchen“.

Welsch verteilte seine Gaben nicht nach parteipolitischen Präferenzen, sondern nach Nützlichkeit. Minister Lehnrs wäre demnach als Geldempfänger wohl in Frage gekommen: Er mußte über die Spielbank-Lizenzen entscheiden, die er Harenberg und dessen Partnern, wie diese bekundeten, fest versprochen hatte – auch wenn sich das am Kneipentresen gegebene Ministerwort später nicht einklagen ließ.

Gegen die ZDF-Version, daß Geld auch geflossen sei, um Freundin Brigitte eine Eigentumswohnung zu verschaffen, spricht das Fundstück in Kalweits Ak-

tenschränk. Denn es ist nicht plausibel, warum Welsch seinem Partner 1981 hätte Vorhaltungen machen sollen, wenn er Lehnrs – und sei es hinter Kalweits Rücken – geschmiert hätte.

Den Korruptionsgeruch wird Lehnrs nicht los, auch wenn er, wofür der alte Welsch-Brief spricht, das Geld tatsächlich nicht bekommen hat. Offenkundig zielte der ZDF-Beitrag jedoch darauf ab, dem Sozialdemokraten Lehnrs etwas anzuhängen, um von der schwer bedrängten Niedersachsen-Union in der Spielbanken-Affäre abzulenken.

Denn im zweiten Teil seines Berichts versuchte Reitmaier den Kronzeugen und ehemaligen CDU-Berater von Rath zu demontieren – mit weit hergeholter Beweisführung.

Rath, so die ZDF-These, sei gar nicht Strohmann der CDU, sondern des 1984 gestorbenen Mindener Unternehmers Horst Bentz („Melitta“) gewesen. Als Beleg führte der Sender eine Bewerbung Raths um eine Spielbank-Konzession an, gestellt „im Auftrag zweier Klienten“ der Genfer Investmentgesellschaft SMC, für die Rath in Hannover arbeitete.

Hinter dem Antrag, insinuierte das ZDF, habe Bentz gesteckt, mit dessen Unternehmen Rath zeitweilig sogar eine gemeinsame Tochterfirma („Melitta Ferien und Hotel-Service GmbH“) betrieb. Was das ZDF unterschlug: Der Antrag auf SMC-Papier datiert aus dem Jahr 1969; Horst Bentz, versichert Rath, habe er jedoch erst 1975/76 kennengelernt.

Bentz sei, so das ZDF weiter, als „einer der größten Zocker der Nachkriegszeit“ bekannt gewesen, der in Kasinos Millionen Mark verloren habe. „Wenn jemand mit diesem Syndrom lebt und mit der Spielleidenschaft behaftet ist“, folgerte der Exil-Slowake und ehemalige

Spielbanken-Betreiber Wladimir Granec vor der Kamera, dann versuche er, „an das Medium, das ihn so fasziniert, selbst heranzukommen“ und Eigentümer einer Spielbank zu werden.

„Studio 1“-Moderator Bodo Hauser fand es „erstaunlich, daß dieser Hintergrund bei den Kronzeugen von Hannover bisher nicht in die Öffentlichkeit gelangt ist“. Weniger erstaunlich ist indes, daß das ZDF den persönlichen Hintergrund seines hellsichtigen Zeugen Granec verschwieg.

Der Interviewte wurde den Zuschauern lediglich als Experte vorgestellt, „der in der Presse ‚Goldfinger‘ genannt wird“. Unerwähnt blieb, daß Granec im Januar 1987 wegen Roulettetrugs in Bad Wiessee (Schaden: sechs Millionen Mark) vom Landgericht München II zu viereinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde; das Revisionsverfahren ist noch beim Bundesgerichtshof anhängig.

BERLIN

Farbe des Geldes

Das Spitzentreffen von Währungsfonds und Weltbank mißriet zum Polizei-Spektakel.

In Berlins Oper waren deutsche Spitzenpolitiker mit ihren von weither angereisten Gästen unter sich. Die „Zauberflöte“ drinnen über tönte die Sprechchöre, Schmerzensrufe und Martinshörner draußen vor der Tür. Dort trieb, Montag abend letzter Woche, die Polizei eine Kundgebung auseinander.

Der Protest überwiegend junger Leute galt den Ministern und Topbankern aus 151 Ländern, die zur Jahrestagung des



Polizeikordon am Tagungsgebäude: „Keiner weiß, was er tut“